

# Initiativantrag

**Initiator\*innen:** Mareike Engel

**Titel:** Jetzt erst recht! - Lehren aus den Landtagswahlen für die demokratische Linke.

Die Landeskonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und an den Bundeskongress der Jusos weiterleiten:

## Antragstext

1 Die Ergebnisse der Kommunal- und Europawahlen sowie der Landtagswahlen in  
 2 Thüringen, Brandenburg und Sachsen waren in diesem Jahr verheerend. Bei uns in  
 3 Sachsen konnten wir als SPD zwar unser Ergebnis von 2019 halten, jedoch haben  
 4 die demokratischen Kräfte insgesamt stark verloren und die faschistische AfD  
 5 muss mit einem Ergebnis von 30,6% klar als Gewinner dieser Wahl bezeichnet  
 6 werden. Die kommenden Monate und Jahre werden nicht einfach und eine  
 7 Regierungsbildung in Sachsen kann wieder nicht mit progressiven Kräften  
 8 vollzogen werden. Mehrheiten abseits von reaktionären und populistischen Kräften  
 9 sind in weite Ferne gerückt.

10 All das zeigt uns deutlich: Die SPD, aber auch die demokratische Linke insgesamt  
 11 verliert zunehmend die Hoheit über Debatten und die nötige gesellschaftliche  
 12 Verankerung. Abseits der Großstädte, vor allem im ländlichen Raum, findet eine  
 13 Marginalisierung progressiver Kräfte statt, die mit einem seit 1945  
 14 beispiellosen Aufstieg rechter Kräfte einhergeht. Diese Entwicklung, die in  
 15 Deutschland und ganz Europa stattfindet, zeigt, dass der Kampf gegen den  
 16 Aufstieg des Faschismus weiterhin die größte Aufgabe unserer Zeit darstellt. Mit  
 17 dem Aufstieg des Faschismus geht ein Angriff auf die notwendigen  
 18 Klimaschutzmaßnahmen, den Sozialstaat und die demokratische Gesellschaft einher.  
 19 Aber nicht nur die Wahlergebnisse, sondern auch die Verschiebung des  
 20 öffentlichen Diskurses nach rechts, gepaart mit dem gezielten Angriff auf

Errungenschaften des Sozialstaats, Gewerkschaften und gesellschaftlicher Solidarität, stellt eine akute Gefahr für unser demokratisches Zusammenleben dar.

Diese Verschiebung nach rechts ist kein Naturgesetz, sondern das Ergebnis einer bewussten Strategie rechter Akteur\*innen, die gesellschaftlichen Probleme und Krisen wie die steigende soziale Ungleichheit, die Wohnungsnot, prekäre Arbeitsverhältnisse und die Klimakrise zu instrumentalisieren. Anstatt Lösungen zu präsentieren, schüren sie Ängste und lenken die Debatte in eine Richtung, die Ausgrenzung und Spaltung verstärkt. Besonders alarmierend ist dabei die zunehmende Normalisierung rechter Positionen auch neben dem öffentlichen Diskurs, sondern auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Was früher unvorstellbar schien, wie die Schließung der Grenzen, die Abschaffung des individuellen Rechts auf Asyl und die Infragestellung der Würde aller Menschen wird heute immer häufiger salonfähig gemacht. Diese Entwicklungen sehen wir auch in unserer eigenen Partei und verfolgen das mit großer Sorge.

Eine besondere Situation stellt sich hierbei im Osten ein. Nirgendwo sonst in der Bundesrepublik ist die gesellschaftliche Verschiebung so deutlich zu spüren, auf allen Ebenen. Hierbei sind insbesondere die Jusos als Teil der Zivilgesellschaft wichtiger Anker und Verteidiger\*innen der Demokratie. Die Demokratiebewegung mit den einhergehenden Demonstrationen Anfang 2024 war richtig und wichtig. Eine Lehre aus diesem Jahr ist aber auch, dass die Verteidigung der Demokratie nicht bei Demonstrationen aufhört, sondern nur ein politischer Kurswechsel nachhaltig helfen kann. Hierbei ist die Erkenntnis zentral, dass die Erfahrung in den 90er Jahren, in denen eine in Europa beispiellose Deindustrialisierung und Entmachtung der Menschen im Osten, für viele Menschen prägend war.

In gesellschaftlichen Stresssituationen kommen diese „Frakturen“ hervor und verstärken sich. Diese Erfahrungen werden intergenerationell weitergegeben und sind dementsprechend auch (und teilweise sogar stärker) bei jungen Menschen zu beobachten, die ein besonderes Gefühl der Zurückweisung spüren, wie Steffen Mau in verschiedenen Publikationen eindrucksvoll nachgewiesen hat. Dies ist insbesondere darin begründet, dass die Ungerechtigkeit zwischen Ost und West, in Löhnen, Repräsentation und materieller wie gesellschaftlicher Teilhabe nach wie vor massiv ist und sogar 34 Jahre nach dem Beitritt der Länder im Osten größer wird.

Die Rechten schaffen es aktuell, die Unterschiede zwischen Ost und West von einer materiellen und repräsentativen Ebene auf eine kulturelle Ebene zu heben und auf die Migrationsfrage zu reduzieren. Auch hier gelingt den Rechten eine massive Verschiebung des Diskurses, der am Ende die strukturellen

Herausforderungen des Ostens nicht löst, sondern die Probleme verschärft.

Um diese Verschiebung zu bewirken, braucht es aber gesellschaftliche Rahmenbedingungen. Es zeigt sich immer deutlicher, dass die gesellschaftliche Resilienz gegen Krisen in ganz Deutschland immer mehr abnimmt. Damit einher geht eine, besonders im Osten ausgeprägte, Transformationsmüdigkeit, die sich mit einem Mangel an demokratischer Selbstermächtigung vermischt. Als Reaktion darauf treten soziologisch erklärbare traditionell-nationalistische Verteidigungsmuster auf. Auf diese Entwicklungen braucht die demokratische Linke antworten, diese können nur materialistisch und demokratisch sein. Wir sind davon überzeugt, die Antworten der Zeit müssen demokratisch-sozialistisch sein.

### **Unsere Antwort darauf kann nur lauten: Umverteilung -Jetzt erst recht!**

Wir dürfen den Rechten nicht das Feld überlassen und uns nicht in defensive Positionen drängen lassen. Die Debatten der Rechten zu führen, heißt ihnen eine hegemoniale diskursbestimmende Stellung einzuräumen. Wer sich auf das Debattenfeld der Rechten bewegt, befindet sich in einem unmenschlichen Überbietungswettbewerb, der am Ende nur der extremen Rechten nutzt.

Stattdessen müssen wir die politische Debatte offensiv gestalten und den Fokus auf die zentralen sozialen Fragen unserer Zeit legen: die gerechte Verteilung von Reichtum, die Bekämpfung von Armut, die Sicherstellung guter Arbeitsbedingungen und bezahlbaren Wohnraums, sowie den gerechten Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung. Die Ungleichheit in unserer Gesellschaft hat ein Ausmaß erreicht, das nicht nur die sozialen Strukturen bedroht, sondern auch die demokratische Stabilität. Um dies zu korrigieren, brauchen wir eine mutige Umverteilungsagenda.

### **Unsere zentralen Punkte für eine Umverteilungsagenda:**

**1. Abschaffung der Schuldenbremse:** Um die notwendigen Investitionen für die Infrastruktur und den Strukturwandel zu beschaffen brauchen wir finanzpolitischen Spielraum, der neue demokratische Handlungsspielräume ermöglicht. Die Frage der Verschuldung muss aus dem Grundgesetz und den Landesverfassungen und rein in die Parlamente!

**2. Umverteilung von oben nach unten, von West nach Ost:** Die Reichen werden immer reicher, während ein wachsender Teil der Bevölkerung unter prekären Bedingungen lebt. Wir fordern eine konsequente Vermögenssteuer und höhere Erbschaftssteuern, um die extreme Konzentration von Reichtum in den Händen weniger zu brechen. Eine grundlegende Reform des Steuersystems und insbesondere eine gerechte

Erbschaftsbesteuerung mit Umverteilungseffekten, wie über das Grunderbe, ist dafür unerlässlich. Umverteilung unter diesem Aspekt bedeutet auch immer Umverteilung von West nach Ost. Hierbei muss auch die Verteilung gesellschaftlicher Macht in Medien, Justiz und Wirtschaft eine Rolle spielen, die sich in der mangelnden Repräsentation ostdeutscher und marginalisierter Gruppen zeigt.

**3. Stärkung des sozialen Demokratie:** In Zeiten von Inflation, Wohnungsnot und unsicheren Arbeitsverhältnissen müssen wir den Sozialstaat ausbauen und nicht abbauen. Es braucht massive Investitionen in sozialen Wohnungsbau, Bildung und Gesundheitsversorgung, um allen Menschen ein würdevolles Leben zu ermöglichen.

**4. Sichere Arbeitsbedingungen und gute Löhne:** Die Ausweitung von prekären Beschäftigungsverhältnissen, Leiharbeit und Minijobs muss gestoppt werden. Wir sind solidarisch mit den Gewerkschaften bei ihrem Kampf um eine Stärkung der Tarifbindung. Um auch in den Bereichen, in denen es keine Tarifabdeckung gibt Lohnerhöhungen zu ermöglichen, bekräftigen wir unsere Forderung den Mindestlohn auf 15€ zu erhöhen.

**Umverteilung ist die Antwort – die SPD muss die Kraft dafür sein !**

Es ist Zeit, den rechten Kräften entschlossen entgegenzutreten und den Diskurs wieder auf die drängenden sozialen Fragen zu lenken. Statt uns auf die Verteidigung gegen rechte Angriffe zu beschränken, müssen wir die gesellschaftliche Debatte prägen und den Raum für progressive Lösungen erweitern. Umverteilung ist kein antiquiertes Konzept, sondern die Antwort auf die immer größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich, auf soziale Unsicherheiten und auf die Krise des Neoliberalismus.

Mit einer klaren und mutigen Umverteilungsagenda setzen wir ein Zeichen gegen den Rechtsruck und für eine gerechte, solidarische Gesellschaft. Die Zukunft gehört nicht denen, die spalten und Ängste schüren, sondern denen, die Lösungen für alle bieten. Lasst uns gemeinsam die Debatte neu ausrichten – für Umverteilung, für soziale Gerechtigkeit, für eine solidarische Zukunft.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.